



PRESSEMITTEILUNG

VSWG und Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen veranstalteten Fachkongress „Wohnen – MORGEN ist HEUTE schon GESTERN“: die Weichenstellungen der Zukunft müssen heute getroffen werden

Dresden, 14. November 2018. Wohnen ist kein Privileg, sondern ein Recht für alle. Das Recht auf Wohnen und nicht zuletzt die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum für alle Menschen und deren individuelle Bedürfnisse sind gegenwärtiger Bestandteil gesellschaftspolitischer Diskussionen.

Wie kann das Wohnen für alle sächsischen Bürger im ländlichen Raum infrastrukturell genauso gelingen wie in Ballungszentren? Wie kann die Digitalisierung dies unterstützen und wie können für eine vielfältige Gesellschaft nachhaltige soziale Strukturen in den Quartieren geschaffen werden? Diesen Fragen widmete sich der Fachkongress „Wohnen – MORGEN ist HEUTE schon GESTERN“, der in Kooperation zwischen dem Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e. V. (VSWG) und der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen ausgerichtet wurde. Mehr als 170 Teilnehmer folgten der Einladung nach Radebeul.

Dr. Axel Viehweger, Vorstand des VSWG, und Matthias Mitzscherlich, Diözesan-Caritasdirektor des Caritasverbandes für das Bistum Dresden-Meißen e. V. und Vorsitzender der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen, eröffneten die Fachtagung und betonten, dass diese gemeinsame Veranstaltung aller zwei Jahre immer noch etwas Besonderes im Freistaat sei.

In Sachsen ist bereits heute jeder vierte Einwohner 65 Jahre und älter, 2020 wird es jeder dritte sein. Dadurch ergeben sich neue Herausforderungen an die Wohnqualität, an Dienstleistungen und Unterstützungsformen speziell für ältere Menschen. Die Wohnungsbranche übernimmt hier die Funktion eines „Sozialbarometers“, da sie als eine der ersten Branchen die Folgen des demografischen Wandels bewältigen muss. Langfristige Trends zeigen, dass nicht nur der Anteil der Pflegebedürftigen gemessen an der Gesamtbevölkerung steigt, sondern auch die Anzahl aller Menschen, die jemals in ihrem Leben gepflegt werden mussten. Die Menschen werden im Durchschnitt ein höheres Lebensalter erreichen und im Alter länger Hilfe und Pflege benötigen. Diesen Entwicklungen stehen begrenzte gesellschaftliche Ressourcen in der Pflege sowie der Wunsch nach Selbstbestimmtheit und Individualität gegenüber. Wohnungswirtschaft und Wohlfahrtsverbände sind gefordert, gemeinsam verzahnte Strukturen zu entwickeln, die dem kommenden Bedarf in der Altenhilfe entsprechen. Technische Innovationen sollen dabei unterstützen.

„Aber nichts ist schlimmer, als in einer technisch ausgestatteten Wohnung einsam zu sein. Auf keinen Fall darf die menschliche Hand vergessen werden. Denn diese Wärme kann ein Computer oder Roboter nicht ersetzen“, betonte der VSWG-Vorstand.

Der Titel des Fachkongresses „Wohnen – MORGEN ist HEUTE schon GESTERN“ drückte die Dringlichkeit des Themas aus. Gerade im Bereich Wohnen wird dies deutlich, da das Bauen ein langer Prozess ist und nur begrenzt schnell verändert werden kann. So müssen bereits heute die Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit den Fraktionen des Sächsischen Landtages wurden zu den Themen höherer Leerstand und niedrige Mieten im ländlichen Raum im Gegensatz zu Wohnungsknappheit und höhere Mieten in Ballungszentren, Digitalisierung in der Wohnungs-, Gesundheits- und Sozialwirtschaft sowie Schaffung nachhaltiger Strukturen in den Quartieren bei

einer vielfältigen Gesellschaft die jeweiligen Positionen abgefragt. An dieser nahmen Wolfram Günther, Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/Die Grünen, Oliver Fritzsche, Wohnungspolitischer Sprecher CDU, Albrecht Pallas, Wohnungspolitischer Sprecher SPD, und André Wendt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender AfD, teil.

Einig waren sich alle Fraktionen dahingehend, dass die Aufgaben in Ballungszentren und ländlichen Regionen gegensätzlich sind, aber der Anspruch sein soll, dass attraktives und bezahlbares Wohnen überall im Freistaat möglich sei. Die SPD tendiert mittelfristig zu einer Programmöffnung beim sozialen Wohnraum und einer Unterstützung bei der Wohnraummodernisierung ohne Kostenexplosion. Die CDU möchte die Eigentumsförderung besonders auch für junge Familien im ländlichen Raum stärken. Die Grünen fordern, dass das Geld vom Bund in den sozialen Wohnungsbau fließt und der Anstieg der Mieten in den Metropolen gedämmt werden muss. Die AfD spricht sich als Fraktion gegen die Mietpreisbremse aus, da diese den Zuzug in Ballungstädte noch verstärkt hätte, und ist gegen die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, da diese keine Flexibilität garantiert.

Beim Themenbereich Digitalisierung wurde deutlich, dass zwar schon lange über die Digitalisierung gesprochen wird, der Freistaat Sachsen aber noch ziemlich am Anfang stehe. Die CDU sieht als Grundlage dafür eine flächendeckende Breitbandversorgung, die Standard für die Daseinsvorsorge ist. Entscheidend sei hier auch schnelles Internet bis in die Wohnung sowie für kleine und mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum. Die SPD sieht die technische Entwicklung schon sehr weit, aber es fehlen die entsprechenden Konzepte für den Einsatz dafür. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist die Förderrichtlinie für E-Health, für die neben Bundesmitteln 10 Mio. Euro Landesgeld im Haushalt eingesetzt werden.

Der letzte Diskussionsblock drehte sich um die vielfältige Gesellschaft in den Quartieren und damit verbundene Herausforderungen. Laut AfD kann von der Vielfalt mehrerer Generationen profitiert werden, als Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Dieses Zusammenleben kann aber nicht von oben aufgesetzt werden, sondern muss von selbst entstehen und gewollt sein. Die SPD appelliert, sich nicht nur einseitig auf die Gruppe der Leistungsempfänger zu konzentrieren. Auch kann ein Förderprogramm diese Aufgabe allein nicht bewältigen, da auch die Kommunen vor Ort gefragt sind. Es braucht hier ganz speziell zuständige Menschen im Quartier, die sich um die Sorgen kümmern.

Dr. Viehweger setzte hier an und betonte: „Wir haben die Kümmerer in unseren Quartieren. Es ist wichtig, eine Vertrauensperson zu haben, die das Netzwerk im Hintergrund hat. Es gibt für alles in Deutschland eine Behörde oder Stelle, aber in den Quartieren leider nicht. Bereits im sechsten Jahr gibt es für die Kümmerer in den Wohnungsgenossenschaften Geld aus dem Landeshaushalt, aber es läuft immer noch unter dem Projektstatus und ist damit nicht langfristig zu finanzieren.“ Die CDU forderte, dass für die Finanzierung auch die Kassen mit einsteigen sollen.

Im Schlusswort des Fachkongresses resümierte Dr. Viehweger: „Wir halten die Wohnung nicht für ein normales Handelsgut, sondern für ein soziales Gut. Es braucht dafür die Gemeinschaft von Wohnungs- und Sozialwirtschaft, denn was würde passieren, wenn es im Zuge der Digitalisierung heißt: Alexa wechsele die Windel.“

Die 210 im Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e. V. (VSWG) organisierten Wohnungsgenossenschaften sind ein bedeutender Faktor im sächsischen Wohnungsmarkt. Sie bewirtschaften mit insgesamt 270.587 Wohneinheiten 18,1 Prozent des gesamten Mietwohnungsbestandes im Freistaat Sachsen und bieten damit rund einer halben Million Menschen ein zukunftssicheres Zuhause. Als Unternehmen erwirtschaften sie mit den jährlichen Umsatzerlösen in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro einen Anteil von ca. 1 Prozent am sächsischen Bruttoinlandsprodukt und sind für rund 2.400 Mitarbeiter sowie 66 Auszubildende und Studenten ein verlässlicher Arbeitgeber und sichern gleichzeitig Aufträge sowie Arbeitsplätze in vielen weiteren Branchen, die die Wohnungswirtschaft flankieren. Der VSWG hat seinen Sitz im Verbandshaus in

Dresden und ist gesetzlicher Prüfungsverband sowie Fach- und Interessenverband für die im Bundesland Sachsen ansässigen Wohnungsgenossenschaften. Zu seinen Aufgaben zählen unter anderem Information, Beratung sowie Aus- und Weiterbildung der Mitglieder. Zudem übernimmt der Verband die gemeinschaftliche Interessenvertretung der Mitglieder in der Öffentlichkeit.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e. V.

Vivian Jakob (Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Telefon: 0351 80701-52, Mobil: 0151 16737669, E-Mail: jakob@vswg.de